

Die Propaganda des zu Ende gehenden Gaddafi-Regimes: „Wir bleiben an der Macht, oder Ihr werden mit Flüchtlingen überschwemmt“

„Wir oder das Chaos“ ist eine alte politische Diskursfigur, die nicht nur durch bayerische Regierungsparteien, sondern auch durch diverse Diktatoren gerne benutzt wird. Kontrolliere man selbst nicht länger die Situation, so drohe augenblicklich der Untergang des – wahlweise „christlichen“ oder „aufgeklärten“ – Abendlandes.

Auch Muammar al-Gaddafi beherrscht diese Rhetorik, gerade auch, wenn er sich an europäische Staaten adressiert. Am 05. März 11 wandte er sich etwa an Journalisten der französischen Nachrichtenagentur AFP und gewährte der Sonntagszeitung *Journal du dimanche* vom folgenden Tag ein Interview. Darin droht er Europa, ganz in der Rhetorik von rassistischen „Populisten“, Nationalkonservativen und extremen Rechten, im Falle seines Abgangs oder eines Kontrollverlustes durch sein Regime drohe den Ländern im Norden „massive Einwanderung“ sowie „islamistischer Terror“. Wörtlich führte er dazu ferner aus: „Sie werden die Immigration haben, Tausende von Leuten werden Europa von Libyen aus überschwemmen. Und niemand wird mehr da sein, um sie aufzuhalten. Sie werden Bin Laden an ihren Toren haben. Es wird einen islamischen Dji had auf Ihrem Nachbarufer im Mittelmeer geben. Sie werden die amerikanische Sechste Flotte angreifen, es wird Piraterieakte hier vor Ihren Toren geben.“

Die Aufständischen in Libyen: In den Augen von Muammar al-Gaddafi, der im September 1969 als damals 25jähriger Offizier die politische Macht – zunächst noch im Bund mit anderen jungen Militärs und alsbald allein) übernommen hat, handelt es sich um Drogensüchtige im Auftrag von Al-Qaida. In den Spalten der französischen Presse erklärt er es so: Die jungen Kämpfer bei den Rebellen hätten „Geschmack an den Halluzinationspillen gefunden, die durch die Männer von Al-Qaida verteilt werden“. Deren Kombattanten seien „aus dem Irak, aus Afghanistan und sogar aus Algerien“ – warum sogar? – nach Libyen gekommen.

Am Vormittag des 06. März, an dem das Interview erschien, waren erstmals

auch massive Schusswechsel im Zentrum der Hauptstadt Trabluz (Tripolis) zu hören. Es scheint auf den Anfang vom Ende des seit 42 Jahren andauernden Gaddafi-Regimes zuzugehen. Noch ist allerdings die Lage an manchen Fronten eher unklar. Mehrere Städte an oder unweit der umkämpften Frontlinie – die unter anderem zwischen der „befreiten“ Osthälfte Libyens und der zum Teil noch vom alten Regime beherrschten Westhälfte verläuft – wurden zwischen dem 05. und dem 08. März mehrfach von wechselnden Seiten erobert. Heftige Kämpfe tobten so in den Küstenstädten Ras Lanouf und Marsa al-Brega, an der zentrallibyschen Mittelmeerküste, und im westlibyschen Städtchen Zawiyah. Teilweise reklamierten beide Seiten den Sieg für sich.

Das Gaddafi-Regime scheint nunmehr auf eine ganz massive Propaganda zu setzen, um den Eindruck zu erwecken, alles sei unter Kontrolle – was allerdings oft wie das Pfeifen im dunklen Walde klingt. Erstmals wurde der Zugang zum Internet, der bislang in den vergangenen Wochen in Libyen wechselhaft funktionierte, seit dem 04. März komplett geschlossen. Zum ersten Mal hatte Ende Januar dieses Jahres Ägypten anlässlich der damaligen „Tage des Zorns“ der Opposition vorgeführt, dass ein Regime in der Lage sein kann, sein Land komplett aus dem **World Wide Web** heraus zu nehmen, um Proteste einzudämmen. Ein Vorhaben, das freilich nicht aufging, da letzteres Ziel in Ägypten nicht erreicht wurde. Auch in Libyen kommunizieren die Rebellenführer in Benghazi, der „abtrünnigen“ zweitgrößten Stadt des Landes, längst per Satellit - und an den lahmgelegten Providern vorbei - mit Internetnutzern anderswo in der Welt. Ferner wurden vergangener Woche die sehr wenigen europäischen Journalisten, die sich derzeit – auf „Einladung“ des Regimes, nachdem Gaddafis Sohn Saïf al-Islam erklärt hatte, das Land sei entgegen anderslautenden Behauptungen für die internationale Presse „offen“ – in Tripolis aufhalten können, in ihren Hotelzimmern eingesperrt. „Aufgrund von Gefahr für ihre Sicherheit“, weil sich Al-Qaida auf den am 04. März stattfindenden Demonstration herumtreibe, wie das Regime behauptete.

Drohend die Vogelscheuche mit der Aufschrift „Al-Qaida“ zu schütteln, ist natürlich ein äußerst durchsichtiges Manöver des libyschen Regimes, an das auch kaum jemand sonst glauben dürfte. Zumindest so viel stimmt allerdings: Al-Qaida und verwandte Strömungen waren bislang ein

vehementen Gegenspieler zum amtierenden Regime in Tripolis. Der erste internationale Haftbefehl überhaupt, der bei Interpol gegen Osama Bin Laden erwirkt wurde, kam aus Tripolis. 1994 hatte das Gaddafi-Regime ihn beantragt. Damals hielt Bin Laden, der aus Saudi-Arabien hatte fliehen müssen, sich vorübergehend in Ostlibyen auf, und seine Leute hatten dort zwei deutsche Staatsbürger – ein Paar, das für das Bundesamt für Verfassungsschutz arbeitete – ermordet, weil diese ihren Plänen in die Quere gekommen waren.

Daran versucht das Regime nun anzuknüpfen. Schon vorletzte Woche, als die Rebellen in Ostlibyen an Boden zu gewinnen begannen, hatte das Regime behauptet, die Hardcore-Islamisten hätten „in Derna ein islamisches Emirat eingerichtet“, wie man es früher aus Hochburgen der bewaffneten Islamisten in Algerien in den neunziger Jahren oder später aus dem irakischen Falluja kannte. Seitdem hat man davon nichts mehr gehört, obwohl die Nordostküste Libyens für Journalisten und Fotografen, die über Ägypten einreisen, zugänglich ist. Das ostlibysche Derna war eine Hochburg der alten Monarchie, die in Libyen von der Unabhängigkeit 1951 bis zu ihrem Sturz 1969 regierte, und gilt als sittenmäßig höchst konservativ. Dass islamistische Gruppen, die – wie die „Kämpfende islamische Gruppe“, aus deren Reihen 130 Häftlinge zu Beginn der jüngsten Bürgerkriegskämpfe durch Gaddafi freigelassen wurden – dort einige Anhänger haben könnten, ist nicht unplausibel. Grotesk ist es jedoch, zu behaupten, dies erkläre die massiven Proteste und die Tatsache, dass Tausende von Leuten auch in der Hauptstadt Tripolis, und inzwischen nicht nur im rebellischen Stadtteil Tandschura, auch unter Lebensgefahr auf die Straße gehen.

In Wirklichkeit rekrutiert sich die Kerngruppe der Rebellen, die jetzt in einem provisorischen Komitee über die ostlibysche Stadt Benghazi herrschen, aus bisherigen Rechtsanwälten und Richtern. Zu ihnen zählt Khalid Al-Saji, bislang Vorsitzender der Anwaltskammer. Ihr Protest gegen das Gaddafi-Regime wurzelt eher in der Verteidigung von Menschenrechten, im Sinne von Abwehrrechten gegen die Willkür des Staates, gegen Misshandlungen, außergesetzliche Gefangennahmen und gegen theoretisch widerrechtliche Privilegien. Am 16. Februar 11 wurde in Benghazi der erste Protest gegen das Regime nicht zufällig vor dem Gericht organisiert – die massive Gewalt der Sicherheitskräfte gegen die Demonstranten ließ ihn

dann in offene Rebellion umkippen. Abtrünnige Offiziere und Truppenteile gesellten sich den Anführern hinzu. Inzwischen rekrutieren sie für die Kämpfe gegen Gaddafis Regime eine bunt zusammengesetzte Freiwilligentruppe aus jungen Leuten, die entweder maximal ihren Grundwehrdienst abgeleistet haben oder aber über keinerlei militärische Erfahrung verfügen. Französische Fotografen berichten von jungen Freiwilligen, die ihre kugelsicheren Westen falsch herum anziehen und sich aus ausgedienten Uniformen und Skimützen ihren eigenen fantasievollen Look zusammenstellten.

Bei Teilen der europäischen Rechten verfängt jedoch die Rhetorik des Gaddafi-Regimes. Eher jedoch als die Beschwörung von Al Qaida zieht bei ihnen die „Drohung“ mit „massiven Einwanderungswellen“. Dabei flohen bislang zwar über 200.000 Menschen aus dem nunmehrigen Bürgerkriegsland Libyen, doch es handelt sich bis im Augenblick kaum um libysche Staatsbürger: Die Menschen, die sich an der tunesischen Grenze drängen oder aber durch europäische und andere Staaten ausgeflogen werden, sind vorwiegend tunesische oder ägyptische Wanderarbeiter, die bislang in Libyen ihr Brot verdienten. Hinzu kommt rund eine Million Menschen aus dem subsaharischen Afrika, die entweder über Libyen nach Europa zu kommen versuchten oder aber in dem nordafrikanischen Land arbeiteten und jetzt in Libyen festsitzen. Letztere werden allerdings nicht mit so viel Aufmerksamkeit bei der Evakuierung bedacht wie die Tunesier und Ägypter, die im Unterschied zu ihnen einen „offiziellen“ Status genossen. Das Regime versucht unterdessen, die Revolte zum Teil in Pogrome gegen Ausländer zu kanalisieren – um so den Frustrationen einen Blitzableiter zu geben, oder auch um den Ausländer gar keine andere Wahl zu lassen, als in den Milizen Gaddafis zu bleiben und für ihn zu kämpfen.

Den früheren „arabischen Brüdern“ aus Tunesien und Ägypten wurde in SMS, die massenhaft durch die libysche Telefongesellschaft an Handy-Abonnenten verschickt werden, vorgeworfen, sie seien als Schmarotzer gekommen, um von Libyens Erdöleinnahmen zu profitieren. Als einziger arabischer Staatsführer hatte Gaddafi schon im Januar die Tunesier offen beschimpft, nachdem sie ihren langjährigen Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali verjagt hatten. Es stimmt, dass Ben Ali einen ersten Karrieresprung nach oben einstmals Gaddafi verdankt hatte: Während der kurzfristigen

Konföderation zwischen Libyen und Tunesien 1974/75 hatte Gaddafi den damaligen jungen Nachrichtendienstmann Ben Ali zum obersten Sicherheitsbeauftragten ernannt.

Die Debatte etwa in Frankreich und Italien – bislang Libyens größte Waffenlieferanten innerhalb der EU – fokussiert sich weitgehend auf das „Migrationsrisiko“. Italiens Innenminister Roberto Maroni von der rassistischen Regionalpartei Lega Nord warnte am 06. März „die Amerikaner“ davor, sich „in Libyen einzumischen“, da dies sonst massive Flüchtlingswellen auslöse, „und sie werden alle zu uns kommen“. Ferner warnte er vor dem „radikalen Islam“. (Hingegen warf derselbe Roberto Maroni der französischen rechtsextremen Politiker Marine Le Pen, die am kommenden Montag, den 14. März auf die Insel Lampedusa reisen möchte, „Brandstiftung“ vor. Marine Le Pen, die 42jährige Chefin des Front National, möchte dort, wo die Boote von Flüchtlingen oder Migranten ankommen, medienträftig vor der „Invasion Europas“ warnen. Am 25. Februar 11 - und seitdem wiederholt - forderte Marine Le Pen, die französische Marine solle die aus Nordafrika eintreffenden Boote im Mittelmeer abfangen und, so wörtlich, „in internationale Gewässer zurückschicken“. Also ihre Insassen in Ruhe ersaufen lassen!)

Ähnliche Hintergründe dürfte es wohl haben, wenn der aus Malta – einem wichtigen Durchgangsland für Migranten in Richtung Europa – kommende EU-Kommissar John Dalli am 04. 03. sich zunächst der Haltung der Brüsseler Kommission widersetzte: Diese ging in seinen Augen zu weit in der Verurteilung des Gaddafi-Regimes, die angesichts der massiven Bürgerkriegsgewalt inzwischen Mehrheitsposition ist. Am folgenden Tag ruderte er dann zurück, er habe sich keinesfalls von der Position der Kommission absetzen wollen.

Auch in Teilen der israelischen Rechten, wo man am liebsten jede politische Lebensregung in den arabischen Gesellschaften ringsherum unterbinden und eine totale Starre bevorzugen würde, sieht man das offenkundig ähnlich. Weniger aufgrund des „Immigrationsrisikos“ als deswegen, weil jede Veränderung als Bedrohung aufgefasst wird. Dies lässt sich etwa auf dem auch international bekannten Cartoonisten-Blog *Dry Bones*, das oft – „knochentrocken“ - die Standpunkte der Hardliner-Rechten ausdrückt,

ablesen. Dort erklärt man Gaddafi zwar, wenig überraschend, für verrückt. Dennoch stellt man sein Regime als vielleicht doch irgendwie bevorzugenswertes kleineres Übel dar. So zeichnet der Karikaturist in einem Cartoon vom 25. Februar 11 den Al Qaida-Chef Ossama Bin Laden, der sich darüber auslässt, dass niemand „außer Gaddafi“ seinen Plan durchschaut habe. Der da lautet: „Bald wird Libyen in unseren Händen sein. Al-Qaida wird ein eigenes Land haben. Wir werden Europas Öl kontrollieren.“ Unter der Überschrift „Alptraum-Szenario“ wird am Schluss sarkastisch hinzugefügt, Gaddafi werde ohnehin niemand Glauben schenken. Zu den Vorzügen Gaddafis wird in einem anderen Cartoon vom 03. März 11 ebenfalls gezählt, dass er im Jahr 1982 dem Anführer der PLO, Yassir Arafat, zum Selbstmord geraten habe. Die PLO-Führung war damals in Beirut, über das die israelische Armee nach der Invasion im Südlibanon eine Belagerung und eine mehrwöchige Hungerblockade verhängt hatte, eingeschlossen.

Hingegen hat die französische Regierung, trotz innenpolitischer warnender Beschwörung eines „Migrationsrisikos“ von Tunesiern sowie Ägyptern und auch Libyern, seit einer Woche wesentlich schärfere Position gegen Gaddafi eingenommen.

Frankreichs neuer-alter Außenminister Alain Juppé fordert inzwischen explizit seinen Abgang. Hintergrund ist, dass Pariser Regierung aufgrund früherer Verbindungen zum Gaddafi-Regime in Erklärungsnot geraten war. Die frühere Außenministerin Michèle Alliot-Marie wurde zwar aufgrund zu enger Kontakte zum tunesischen und indirekt auch zum libyschen Regime am 27. Februar aus dem Amt geschasst. Doch ihr Lebensgefährte Patrick Ollier, führender Lobbyist des libyschen Regimes und Vorsitzender der parlamentarischen Freundschaftsgesellschaft Frankreich-Libyen, sitzt nach wie vor als Minister für Parlamentsangelegenheiten in der Regierung. Deswegen sah die Regierung sich genötigt, ansonsten eine schärfere rhetorische Gangart gegen das Regime in Tripolis einzuschlagen. Paris unterstützt inzwischen offiziell den „Nationalen Widerstandsrat“, der sich in Benghazi bildete.

Artikel von Bernard Schmid vom 10. März 2011